



MARIO   
KUNASEK



FPOE-STMK.AT

**BODENSTÄNDIG.  
MUTIG. STEIRISCH.**

BODENSTÄNDIG.  
MUTIG. STEIRISCH.

# MARIO KUNASEK

LANDESHAUPTMANN-KANDIDAT

Impressum:  
Für den Inhalt verantwortlich  
FPÖ-Steiermark,  
Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz  
Druck:

## INHALT

Vorwort	4
Arbeit & Beschäftigung	6
Asylwesen	7
Behindertenwesen	8
Bildung	9
Brauchtum	10
Corona-Aufarbeitung	11
Direkte Demokratie	12
Energie	13
Europa	14
Familie	15
Frauen	16
Gemeinden & Regionen	17
Gesundheitsversorgung aufrechterhalten	18
Integration	19
Jugend	20
Jugendkriminalität	21
Katastrophenschutz	22
Kinderbetreuung	23
Kultur	24
Landeshaushalt	25
Landwirtschaft	26
Radikal-Islam	27
Senioren	28
Sicherheit & Blackout	29
Soziales	30
Spitäler	31
Sport	32
Teuerung	33
Tierschutz	34
Umweltschutz	35
Verkehr	36
Wirtschaft & Tourismus	37
Wohnen	38



## Liebe Steirer!

Der Anspruch der Freiheitlichen Partei ist es, mit diesem Druckwerk die inhaltliche Breite der FPÖ in ihrer Gesamtheit übersichtlich und komprimiert darzustellen. Es ist die Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik, vernunftorientierte Lösungsvorschläge für die großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft in die demokratische Debatte einzubringen.

Mit dem vorliegenden Forderungskatalog wollen wir uns klar als heimatverbundene Alternative zu den amtierenden steirischen Regierungsparteien ÖVP und SPÖ positionieren. Der programmatische Bogen spannt sich deshalb von der Gesundheits- über die Verkehrs- und Wirtschaftspolitik bis hin zu den Themenfeldern Bildung und Asylwesen. Unser Ziel war es, alle wesentlichen Lebensbereiche und Problemstellungen zu erfassen und diesen mit praxistauglichen Konzepten zu begegnen.

Die vergangenen fünf Jahre waren zwischen den ehemaligen Großparteien vielfach geprägt von einem Abtausch einzelner Partikularinteressen zugunsten der jeweiligen Klientel. Mutige Reformschritte, nachhaltige Änderungen bei den Sozialleistungen oder eine Aufarbeitung des Corona-Wahnsinns waren in diesem schwarz-roten Politplan nicht enthalten.

Wir Freiheitliche wollen im Rahmen der bevorstehenden Landtagswahl eine positive Trendwende einläuten und künftig eine Politik im Sinne der Steirer sicherstellen, die stets die Anliegen und Sorgen der eigenen Bevölkerung in den Mittelpunkt ihres Wirkens rückt.

Ihr

Mario Kunasek



## ARBEIT & BESCHÄFTIGUNG

### NEUAUSRICHTUNG DER ARBEITSMARKTPOLITIK: „FORDERN UND FÖRDERN“

Leistung muss sich lohnen! Die Ausübung von Erwerbsarbeit soll es Staatsbürgern ermöglichen, Eigentum zu erwerben und Vermögen aufzubauen. Faire Löhne und gerechte Unternehmensbesteuerung stellen sicher, dass Arbeitnehmer und -geber nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn ein konstruktives Miteinander führt zu mehr Lebensqualität und Wohlstand. Ein zentraler Faktor im Leben jedes Menschen ist die Erwerbsarbeit, die nicht nur seine Teilhabe an der Gesellschaft, sondern auch deren Weiterentwicklung ermöglicht.

Eine Überarbeitung der arbeitsmarktpolitischen Ziele soll eine nachhaltige Senkung der Arbeitslosigkeit bewirken und eine effektive Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik garantieren. Schulungen müssen verstärkt in Kooperation mit Unternehmen stattfinden.

Die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit muss dauerhaft gesenkt werden. In diesem Zusammenhang sind langzeitarbeitslose Ausländer, in der Regel Drittstaatsangehörige, in ihre Herkunftsländer rückzuführen, um das Sozialsystem dauerhaft zu entlasten.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Neuausrichtung der steirischen Arbeitsmarktpolitik:** Schulungsmaßnahmen, abgestimmt auf den konkreten Bedarf der Betriebe
-  **Ausbildungsoffensive** mit Berücksichtigung von Ausbildungsniveaus, Konjunkturprognosen und des strukturellen Arbeitsmarktwandels unter Einbeziehung des AMS
-  Grundlegende **Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte** und Ausgabeverbot an Asylwerber
-  **Überakademisierung stoppen:** Ausbildung von Facharbeitern und Handwerkern stärken





## ASYLWESEN

### ASYLINDUSTRIE UND ILLEGALE MASSEZUWANDERUNG STOPPEN!

Dank der rot-schwarz-grün-pinken Willkommensklatzcher und deren toleranzromantischer Politik, die die Versorgung jedes illegalen Migranten über das Wohl der heimischen Bevölkerung stellte, sind die Kosten im steirischen Asylwesen explodiert.

Es entspricht nicht dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit, dass illegale Asylforderer die gleichen Unterstützungsleistungen wie Österreicher bekommen, die teilweise jahrzehntelang gearbeitet und damit das Sozialsystem gestützt haben.

Die zuständige SPÖ-Landesrätin Doris Kampus stand Hand in Hand mit ÖVP-Landeshauptmann Christopher Drexler an vorderster Front der Gutmenschen, die gemeinsam mittels einer Menschenkette rund um das Landhaus das Asylchaos des Jahres 2015 zelebrierten.

Die Steiermark muss bei sämtlichen Ausgaben die österreichischen Staatsbürger in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Es gilt, die Festung Österreich zu etablieren, einen Asylstopp sicherzustellen und sämtliche Geldleistungen für illegale Fremde abzuschaffen!

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

👍 **Asylstopp, solange Österreich überdurchschnittlich belastet** ist, Familiennachzug und -zusammenführung beenden!

👍 **Keine neuen Verträge mit Betreibern von Asylheimen** und keine Verteilung von Asylanten quer durch die Steiermark

👍 Schaffung einer **Stabsstelle des Landes „Sicherheit in Asylheimen“** zur Entwaffnung von Asylanten

👍 **Etablierung einer Sachleistungskarte;** Streichung von unnötigen Leistungen wie Taschengeld oder Bekleidungshilfe

## BEHINDERTENWESEN

### MENSCHEN MIT BEHINDERUNG BESTMÖGLICH UNTERSTÜTZEN

Menschen mit Behinderung sollen in der Steiermark die bestmöglichen Rahmenbedingungen vorfinden, die zur Führung eines selbstbestimmten Lebens notwendig sind.

Die Unterstützungsangebote müssen dabei in jedem Fall individuell beurteilt und angepasst werden. Nur wenn Menschen mit Behinderung die Möglichkeit haben, sich entsprechend ihren Bedürfnissen zu bilden, sie eine Anstellung mit

angemessener Entlohnung bekommen und individuell angepasste Förderungen erhalten, ist Chancengleichheit möglich.

Die öffentliche Hand hat jedoch nicht nur die Aufgabe, ideale Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern muss auch mit gutem Beispiel wie etwa bei der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen vorangehen. Gleiches gilt beim medizinischen Versorgungsangebot.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Bestmögliche Ausbildung für Menschen mit Beeinträchtigung** entsprechend dem individuellen Bedarf – Aufrechterhaltung der Sonderschulen für jene, die sie benötigen
-  Durchführung einer **Personaloffensive für Menschen mit Behinderung** durch das Land Steiermark
-  **Ständige Evaluierung** und gegebenenfalls **Ausbau von betreuten Wohnformen** für körperlich oder geistig beeinträchtigte Menschen
-  Ausarbeitung konkreter Konzepte zur **Verbesserung der Gesundheitsversorgung** von Menschen mit Behinderung





## BILDUNG

### KINDERN NICHTDEUTSCHER MUTTERSPRACHE MIT DEUTSCH ALS SCHULSPRACHE BEGEGNEN

Für rund 24 Prozent aller Volksschüler in der Steiermark war Deutsch im Juli 2024 nicht die Muttersprache. Ein Großteil der Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch kann dem Unterricht nicht ausreichend folgen.

Die Konsequenz daraus wird immer deutlicher: Ein Drittel der Schüler ver-

lässt das Pflichtschulsystem, ohne richtig Lesen und Schreiben zu können. Deutsch soll Schulsprache sein. Das bedeutet, dass nicht nur im Unterricht (sogenannte „Unterrichtssprache Deutsch“), sondern auch in den Pausen die deutsche Sprache verwendet werden muss. Für eine funktionierende Gesellschaft ist eine gemeinsame Sprache unverzichtbar.

Platz	Volksschulen in steirischen Gemeinden	Kinder nichtdeutscher Muttersprache	Platz	Volksschulen in Grazer Bezirken	Kinder nichtdeutscher Muttersprache
1.	Knittelfeld	61,7 %	1.	Gries	93,6 %
2.	Graz	54,6 %	2.	Lend	86,2 %
3.	Neudau	52,9 %	3.	Jakomini	72,6 %
4.	Liezen	51,4 %	4.	Eggenberg	72,4 %
5.	Leoben	48,8 %	5.	Gösting	67,4 %
6.	Feldkirchen bei Graz	48,2 %	6.	Puntigam	60,7 %

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Verankerung der Schulsprache Deutsch** in der Hausordnung
-  Verpflichtende **Anbringung eines Kreuzes in steirischen Bildungseinrichtungen**, um das heimische Wertefundament aufrechtzuerhalten
-  **Gezielte Begabungs- und Begabtenförderung** an allen Schulen sowie Errichtung von Hochbegabenschulen in der Steiermark
-  **Erhalt von Schulen im ländlichen Raum**

## BRAUCHTUM

### HEIMISCHES BRAUCHTUM FÖRDERN UND SCHÜTZEN

Das kulturelle Erbe der Steiermark, eines säkularen, aber zugleich christlich-abendländisch geprägten Landes, das dem Humanismus und der Aufklärung verpflichtet ist, ist es wert, weitergegeben zu werden.

Die Volkskultur hat die Aufgabe, identitätsstiftende Initiativen und Aktivitäten im Rahmen der Heimatpflege zu setzen und nicht eine „Erfolgsgeschichte der Migration“, die es ohnehin nicht gibt, zu erzählen. Des Weiteren muss eine klare Schwerpunktsetzung erfolgen – es braucht keine Gelder für selbsternann-

te „Künstler“, die ein gestörtes Verhältnis zur eigenen Heimat haben, sondern vielmehr eine breitenwirksame Volkskultur, die letzten Endes unser Heimatland repräsentiert und dementsprechend zu fördern ist. Es ist unbestritten, dass die traditionelle Form der Kulturausübung gerade in einem von Überfremdung bedrohten Europa gebraucht wird.

Die Steiermark benötigt ein klares Bekenntnis zur Volkskultur – dieses darf sich jedoch nicht in Worthülsen, Sonntagsreden und elitären Festivals des ÖVP-Landeshauptmannes erschöpfen.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  Volkskultur durch **eigenes Ressort** wieder aufwerten
-  **Verdoppelung der Förderungen** für heimische **Brauchtums-, Musik- und Gesangsvereine** auf Kosten von Multikulti- und Zuwanderervereinen
-  Interkulturelle Sackgasse beenden: Ausrufung eines „**Jahrs der steirischen Volkskultur**“ und Begehung des Landesfeiertags sowie der Rosegger- und Erzherzog-Johann-Gedenkjahre
-  Prüfung der **Wiedereinführung des Heimatkunde-Unterrichts** und verstärkte Vermittlung steirischen Brauchtums in Schulen über die Kulturträger des Landes





## CORONA-AUFARBEITUNG

### NIE WIEDER CORONA-WAHSINN!

Drei harte Corona-Jahre inklusive Freiheitseinschränkungen sind nicht spurlos vorübergegangen. Selbst wenn die verhängten Lockdowns und die massiven Restriktionen für Gesellschaft und Wirtschaft zu einer Reduktion der COVID-19-Infektionen beigetragen haben sollten, war der Preis dafür zu hoch.

So hat die von ÖVP, SPÖ und Grünen beschlossene – wenn auch letztlich nicht „scharfgestellte“ – Impfpflicht die Bevölkerung massiv gespalten. In den steirischen Krankenanstalten wurden tausende, teils dringend notwendige Behandlungen und Operationen verschoben,

was bei vielen Betroffenen einen enormen Leidensdruck erzeugte. Das während der COVID-19-Pandemie praktizierte Testregime und der Betrieb von Impfstraßen haben zudem alleine in der Steiermark Kosten in Höhe mehrerer hundert Millionen Euro verursacht.

Die Lehre der Corona-Krise muss folglich sein, im Falle von künftigen Pandemien und Infektionswellen nicht mehr ständig in einen Panikmodus zu verfallen, sondern eine ganzheitliche Betrachtungsweise zu wählen. Zudem ist eine vollständige Aufarbeitung der getroffenen Corona-Maßnahmen sicherzustellen.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- 👍 **Grund- und Freiheitsrechte** sind **nicht verhandelbar** – nie wieder Corona-Wahnsinn
- 👍 **Ausgrenzungsmaßnahmen** und **von Angstmache getriebenes politisches Agieren** dürfen sich **keinesfalls wiederholen**
- 👍 **Rückzahlung** von **zu Unrecht verhängten Corona-Strafen**
- 👍 **Veröffentlichung** sämtlicher **Corona-Protokolle** – auch jener der steiermärkischen Landesregierung

## DIREKTE DEMOKRATIE

### DEM VOLK SEIN RECHT - DIREKTE DEMOKRATIE WIEDERBELEBEN!

In den letzten 38 Jahren fanden keine Landesinitiativen, keine Volksbegehren mit nachfolgender Volksabstimmung, keine Landesvolksbefragungen auf Initiative der Bevölkerung und keine Landesvolksabstimmungen in der Steiermark statt. Zudem wurde seit über 30 Jahren kein Landesvolksbegehren mehr initiiert. Das Ausbleiben direktdemokratischer Impulse ist insbesondere den hohen Hürden (85.000 Unterschriften für eine

rechtlich unverbindliche „Verordnungsinitiative“ an die Landesregierung) und dem veralteten Mechanismus zur Sammlung der Unterschriften geschuldet.

Es braucht daher eine umfassende Änderung des Steiermärkischen Volksrechtsgesetzes, um den Steirern mehr Mitsprache bei politischen Entscheidungen zu ermöglichen.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

 **Freies Unterschriftensammeln im Einleitungsverfahren** für direktdemokratische Instrumente anstatt verpflichtendes Erscheinen auf dem Gemeindeamt zur Abholung einer „Stimmrechtsbestätigung“

 **Deutliche Reduzierung der notwendigen Anzahl an Unterschriften** für

- Landesinitiativen
- Landesvolksabstimmungen
- Landesvolksbegehren
- Landesvolksbegehren mit anschließender Volksabstimmung

 **Verpflichtende Abhaltung einer Informationsveranstaltung** durch die Gemeinde bei infrastrukturellen Großprojekten





## ENERGIE

# NACHHALTIGE ENERGIEVERSORGUNG FÜR DIE STEIERMARK

Die Antworten auf die Frage der Energiegewinnung und -versorgung sind zukunftsweisend für die Entwicklung der Steiermark und Österreichs sowie auch Europas. Die anhaltenden globalen Herausforderungen haben gezeigt, dass sich die auf politischer Ebene oft aus ideologischen Gründen getroffenen energiepolitischen Entscheidungen auf dem Prüfstand der Realität als unzureichend oder kurzsichtig herausstellen. Ob es gelingt, den von vergangenen Generationen aufgebauten heimischen Wohlstand auszubauen und zu erhalten, wird maßgeblich davon abhängen, wie und woher Euro-

pa, Österreich und die Steiermark ihren Energiebedarf langfristig beziehen. Im Mittelpunkt der notwendigen politischen Entscheidungen müssen daher folgende Schlagworte stehen:

- Wettbewerbsfähigkeit
- Energiesouveränität
- Eigenversorgungsfähigkeit
- Sicherheit und Umweltbewusstsein
- Wirtschaftlichkeit

Die Energiestrategie der Zukunft muss sozial- und wirtschaftspolitisch verträglich für die heimische Bevölkerung sein.

## FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Aktive Förderungspolitik** von Innovationen **im Bereich Energie**
-  **Evaluierung & Anpassung** bestehender **Förderungen** im Bereich Energie
-  **Geothermie-Potenziale fördern** und nutzen
-  **Netzausbau** in der gesamten Steiermark **vorantreiben**

## EUROPA

# FÜR EIN EUROPA DER SELBSTBESTIMMTEN VÖLKER

Die EU hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer mehr von einer Union der Bürger zu einer Eurokraten Union entwickelt, deren Entscheidungen oft am Willen der Bevölkerung vorbeigehen. Das heutige Gebilde zeichnet sich vielmehr durch elitäre Abgehobenheit, Regulierungswut und Unfähigkeit beim Außengrenzschutz aus.

Nur eine Rückbesinnung auf ein Europa der Vaterländer, das nach den Grundsätzen der Subsidiarität und des Föderalis-

mus handelt, kann einen Verfall des europäischen Friedensprojekts verhindern.

Die FPÖ fordert daher als einzige österreichische Partei, dass sich die Gemeinschaft wieder primär auf die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Wirtschaftsraums konzentriert und sich für eine Rückführung von Kompetenzen zu den Mitgliedstaaten ausspricht. Zudem müssen die Mitbestimmungsrechte der Bürger bei entscheidenden Fragestellungen ausgebaut werden.

## FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **JA** zur Bewahrung **der österreichischen Neutralität**
-  Klares **Bekennnis zu** einem entschiedenen **Vorgehen** in **der gegenwärtigen Asylkrise**
-  **NEIN zum Green Deal** und weiteren wirtschaftsschädlichen EU-Klimaregelungen





## FAMILIE

### FAMILIEN ENTLASTEN – ZUKUNFT SICHERN

Fast ein Viertel aller Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten in Österreich sind Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 17 Jahren. Von in Ein-Eltern-Haushalten lebenden Kindern ist sogar fast die Hälfte betroffen. Familien in der Steiermark sind mit der großen Herausforderung konfrontiert, das verfügbare Haushaltsbudget einteilen zu müssen. Viele der Fixkosten lassen sich kaum steuern. Zu diesen Kosten zählen auch jene, die im Zusammenhang mit der Geburt und der weiteren Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern stehen. Der Schul-

beginn, die unter dem Jahr stattfindenden Schulveranstaltungen, aber auch die Inanspruchnahme von Nachhilfe bringen Eltern häufig an ihre finanziellen Grenzen.

Für Familien mit mehreren schulpflichtigen Kindern ist die Bewältigung der Finanzierung noch schwieriger. Die Kernaufgabe verantwortungsvoller Familienpolitik ist es, vielfältige Rahmenbedingungen sicherzustellen, um Eltern und deren Kindern ein Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu ermöglichen.

#### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  Schaffung **echter Wahlfreiheit** für Familien bei der Kinderbetreuung
-  Bessere Anerkennung und **Unterstützung der familieninternen Kinderbetreuung**
-  **Finanzielle Entlastungsmaßnahmen** für Familien mit **Schulkindern**

## FRAUEN

### FRAUEN IN ALLEN LEBENSLAGEN UNTERSTÜTZEN

Frauen übernehmen und tragen Verantwortung für eine Reihe gesellschaftlicher Aufgaben. Sie leisten täglich unbezahlte Arbeit in der Kindererziehung, Bildung oder Pflege von Angehörigen und verdienen dafür größte Wertschätzung. Doch stattdessen gibt es in unserer Gesellschaft noch immer deutliche Benachteiligungen der weiblichen Bevölkerung, was auf die verfehlte Frauenpolitik unter schwarz-rot-grüner Regierungsverantwortung auf Landes- und Bundesebene zurückzuführen ist. Statt des krampfhaften „Gender Mainstreamings“ bedarf es

einer Politik, die sich an den individuellen Lebensrealitäten von Frauen orientiert.

Ein großes gesellschaftliches Problem stellt auch die erschreckend hohe Gewaltbereitschaft gegenüber der weiblichen Bevölkerung dar. Immer häufiger werden Frauen und Kinder Opfer brutaler körperlicher und sexueller Übergriffe. Dieser ausufernden Gewalt, häufig von ausländischen Tätern begangen, muss mit allen verfügbaren Mitteln entgegen gewirkt werden.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Schluss mit dem „Gender-Wahnsinn“** – echte Chancengleichheit in allen Lebensbereichen statt „Quotenfrauen“
-  **Soziale Sicherheit** für Frauen gewährleisten, Benachteiligungen im Erwerbsleben und in der Pension beseitigen
-  **Frauenspezifische Gesundheitsversorgung** forcieren
-  **Gewaltprävention ausbauen**, Mittel für Gewaltschutzmaßnahmen aufstocken





## GEMEINDEN & LÄNDLICHER RAUM

### STEIRISCHE GEMEINDEN WIEDER VORANBRINGEN!

Die steirischen Gemeinden sind als selbstständige Gebietskörperschaften völlig unterschiedlich strukturiert und verfügen auch über divergierende finanzielle und personelle Ressourcen. Dennoch gibt es Maßnahmen, die beinahe in jeder steirischen Kommune umgesetzt werden könnten. In keinem anderen Bereich sind die Volksvertreter so unmittelbar mit den Auswirkungen ihrer Entscheidungen konfrontiert wie in den Gemeinden. Die mitunter enormen Summen, die Gemeinden über die Bedarfszuweisungsmittel erhalten, bedürfen einer

grundlegenden Überarbeitung. Das Ziel des politischen Handelns soll es sein, die Autonomie der steirischen Gemeinden zu stärken und gleichzeitig der jahrelangen Vernachlässigung der Kommunen durch ÖVP und SPÖ zu begegnen.

Der Sicherstellung und dem Ausbau ländlicher Infrastruktur, wie etwa bei der Verfügbarkeit von Bargeld, muss Priorität eingeräumt werden. Gleichzeitig muss über gezielte Investitionen gegen die Abwanderung aus den Regionen vorgegangen werden.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  Bedarfszuweisungen **vom Parteibuch lösen**
-  Investitionen in **infrastrukturelle Einrichtungen in ländlichen Regionen ausbauen**
-  **Kontrollrechte der Gemeindeaufsicht ausbauen**
-  **Erhalt der Bargeldversorgung** im ländlichen Raum

# GESUNDHEITSVERSORGUNG ERHALTEN

## SCHUBUMKEHR IN DER GESUNDHEITSPOLITIK!

Fragwürdige „Reformmaßnahmen“ und zahlreiche Versäumnisse diverser Bundes- und Landesregierungen haben die heimische Gesundheitsversorgung zu einer „Mehrklassenmedizin“ verkommen lassen. Sowohl der niedergelassene Bereich als auch das Spitalwesen sind von der Negativentwicklung erfasst.

Insbesondere der teils hausgemachte Mangel an Ärzten und Pflegekräften hat fatale Auswirkungen, wie verzögerte Behandlungstermine, teils mehrfach verschobene Operationen sowie dramatisch verringerte Genesungschancen

schwerkranker Patienten. Gleichzeitig wächst die Belastung des vorhandenen Personals, wodurch die Unzufriedenheit und der Abwanderungswille zusätzlich zunehmen.

Es braucht eine unverzügliche Schubumkehr in der Gesundheitspolitik. Das Ziel muss es sein, dass alle steirischen Bürger eine bestmögliche Versorgung für sich und ihre Angehörigen vorfinden. Neben der Aufrechterhaltung der Spitäler und der Bekämpfung des Personalmangels muss dafür an zahlreichen Stellschrauben gedreht werden.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Ausbau** der **kinder- und jugendärztlichen Versorgung** sowohl im niedergelassenen Bereich als auch in den Spitälern
-  Sicherstellung eines **flächendeckenden und durchgehend besetzten Notarztwesens**
-  Schaffung **zusätzlicher Medizinstudienplätze** und **Aufrechterhaltung** der bewährten **Diplom-Ausbildung** für Pflegekräfte
-  **Mehr Wertschätzung** für Ärzte und Pflegekräfte und **Entlastung von nicht-medizinischen Aufgaben**





## INTEGRATION

### ANPASSUNG ALS GRUNDPRINZIP: ÖSTERREICHISCHE LEITKULTUR HAT VORRANG!

ÖVP, SPÖ, Grüne und KPÖ haben gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen, die Steiermark sei ein Einwanderungsland. Faktum ist: Kein Steirer, der seine Identität und sein Heimatbewusstsein nicht schon aufgegeben hat, wünscht sich, in einem multikulturellen Zuwanderungsland zu leben.

Kulturelle und sprachliche Unterschiede, die Einstellung gegenüber Frauen sowie Gewaltbereitschaft und Kriminalität

sind die zentralen Herausforderungen im Zusammenleben mit insbesondere muslimischen Einwanderern. Statt schwarz-roter Sozialromantik braucht es ein Integrationsleitbild, das klar eine heimische Leitkultur definiert. Islamismus, Schwerverbrechen wie Vergewaltigungen österreichischer Mädchen und Terrorismus: Wer gegen unsere Regeln verstößt oder eine strafbare Handlung begeht, hat in Österreich keinen Platz und verliert sein Aufenthaltsrecht.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- 👍 Autochthone Leitkultur: **Schaffung eines „Integrationsleitbilds Steiermark“** mit dem Ziel der Assimilierung von Zuwanderern
- 👍 **Streichung von Landesförderungen** für Zuwanderer- und **Multikulti-Vereine**
- 👍 **Schriftliches Bekenntnis zur österreichischen Verfassung** von der „Islamischen Religionsgemeinde Steiermark“ sowie von **islamischen Vereinen und Islam-Lehrern**
- 👍 **Massenzuwanderung umkehren:** Keinerlei Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge

## JUGEND

### UNSERE JUGEND SCHÜTZEN UND IHR PERSPEKTIVEN BIETEN

Das Ziel freiheitlicher Jugendpolitik besteht darin, einen aufgeklärten, eigenständigen und verantwortungsbewussten Staatsbürger heranzubilden. Dazu zählt die Vermittlung von notwendigen Kenntnissen und Fähigkeiten, um in einer vielfältigen Gesellschaft als selbstbewusster und unabhängiger Staatsbürger erfolgreich agieren zu können.

Die Einbindung der Familie, insbesondere der Eltern und Großeltern, spielt eine entscheidende Rolle, um die Übertragung von Erfahrungen und Werten auf die kommenden Generationen zu

gewährleisten. Junge Steirer werden heute oftmals mit einer wertelosen Gesellschaft konfrontiert. Vor allem die Entwicklungen rund um den sogenannten „woken“ Zeitgeist führen zu einer seelischen Entwurzelung heimischer Jugendlicher.

Die Herausforderungen heranwachsender Menschen in der Steiermark gestalten sich vielfältig. Im Rahmen der Bewältigung dieser Herausforderungen muss die steirische Jugend unterstützt, aber auch bei der Erarbeitung von Lösungen eingebunden werden.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

 Einführung eines **betrieblichen Lehrlingsbonus**

 **Attraktivierung der Lehrausbildung**

 **Berufsorientierung** für arbeitssuchende Jugendliche

 „**Junges Wohnen**“ fördern





## JUGENDKRIMINALITÄT

### JUGENDKRIMINALITÄT DEN KAMPF ANSAGEN!

Die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen nahm in den letzten Jahren signifikant zu und hat mittlerweile erschreckende Ausmaße angenommen. Schwere Körperverletzung, Raub, Sachbeschädigung, Drogenmissbrauch oder Brandstiftung – all diese Straftaten stellen wahrlich keine Kavaliersdelikte dar. Dennoch werden sie von immer jüngeren Menschen begangen, die sich häufig in kriminellen Gruppierungen organisieren. Bei

einer Vielzahl der Fälle handelt es sich dabei um ausländische Jugendliche, die die Werte- und Rechtsordnung in unserem Land regelrecht verhöhnen. Oftmals äußern sich kriminelle Energie und Gewaltbereitschaft auch in den Schulen.

Es braucht hier dringend Mittel und Wege, um stark auffälligen und gewaltbereiten Jugendlichen effektiv zu begegnen.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Herabsetzung der Strafmündigkeit** von 14 auf zwölf Jahre
-  Etablierung von **Erziehungscamps als Vorstufe zum Strafvollzug**
-  **Brennpunkt Schule entschärfen** und Lehrpersonal beim Umgang mit gewaltbereiten Schülern unterstützen
-  **Gewalt an Schulen präventiv bekämpfen** – praxisbezogene Berufsgruppen in Präventionskonzepten für Schulen einbeziehen



## KATASTROPHENSCHUTZ

### LANDESVERTEIDIGUNG & KATASTROPHENSCHUTZ STÄRKEN

Unter Verteidigungsminister Mario Kunasek wurden zahlreiche Vorhaben zur Stärkung der steirischen Kasernen vorangetrieben. So initiierte er die Nachbeschaffung für die über 50 Jahre alte Alouette III und designierte den Fliegerhorst Aigen zur Typenwerft für die neuen Hubschrauber. In der oststeirischen Kaserne Feldbach wurde ein neues Mannschaftsgebäude im modularen Holzriegelbau projektiert. Die südsteirische Kaserne Straß stieg zum Ausbildungszentrum für den neuen Pandur Evolution auf, während die Grazer Gablenzkaserne und die Landwehrkaserne in St. Michael zu Sicherheitsinseln bestimmt wurden.

Im Bereich des Katastrophenschutzes (Hochwasser, Murenabgänge, Waldbrände, Windbruch etc.) leisten das Bundesheer und die 776 steirischen Feuerwehren mit ihren 52.000 Mitgliedern jedes Jahr Herausragendes.

Würde man die ehrenamtliche Arbeit heimischer Feuerwehren monetär beziffern, läge ein Wert von 244,5 Millionen vor. Unwetterereignisse sind für die Feuerwehren sehr kostenintensiv und verschlingen einen Großteil der Budgetmittel. Es braucht daher eine Anhebung des Sockelbetrages aus dem Katastrophenfonds.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Aufstellung einer Pionier- und Sicherungskompanie** in der Grazer Gablenzkaserne
-  **Beibehaltung des Bundesheer-Assistenzeinsatzes in der Südsteiermark** zur Bekämpfung der illegalen Migration durch kriminelle Schlepperbanden
-  **Ausreichende Finanzierung für Blaulichtorganisationen**

## KINDERBETREUUNG

# PROFESSIONALITÄT UND KINDERSCHUTZ IN DER ELEMENTARPÄDAGOGIK SICHERSTELLEN

Eine umfassende Kinderbetreuung im Sinne der echten Wahlfreiheit bedeutet, sich als Familie die passende Betreuungsform für die Jüngsten der Gesellschaft aussuchen zu können.

tungen müssen ausgebaut, qualifiziertes Personal gefunden und erhalten werden, nur so können die Qualität der Betreuung sowie der Schutz von Kindern gewährleistet werden.

Das umfasst sowohl die Anerkennung der familieninternen Betreuung von Kindern unter drei Jahren als auch die generelle Bereitstellung von genügend qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen in elementarpädagogischen Einrichtungen. Institutionelle Kinderbetreuungseinrich-

Elementarpädagogische Einrichtungen müssen die Rechte der Kinder wahren. Die Freiheitlichen treten daher für die Implementierung des Kinderschutzes und der Kinderrechte im Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz ein.

## FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  Weiterer **Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen**
-  **Verankerung des Kinderschutzes** im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz
-  **Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder mit Behinderung**





## KULTUR

### HEIMISCHES KULTURWESEN STÄRKEN, ORF-LANDESSTEUER ABSCHAFFEN

Die Geschichte und die Tradition der Steiermark sind tragende Säulen, deren Vermittlung im landesweiten Kontext zu erfolgen hat. Die FPÖ Steiermark ist stolz auf die steirische Leitkultur und setzt alles daran, sie im Bewusstsein der Menschen lebendig zu halten.

Die Politik hat die Rahmenbedingungen für die Freiheit der Kunst zu schaffen. Dieser steht gleichberechtigt die Freiheit der Kritik gegenüber, denn Fäkalkunst und Österreichshass haben in der Grünen Mark keinen Platz. Die Kulturpolitik

hat sich auch in wirtschaftlich angespannten Zeiten um die Interessen des Steuerzahlers zu kümmern und darf kein Minderheitenprogramm selbsternannter Eliten sein. ORF-Zwangsgebühren und die außergewöhnlich hohe Belastung der Steirer in Form einer „Landesrundfunkabgabe“ sind ein Griff in die Taschen der ohnehin stark belasteten Steirer und daher abzulehnen.

Einsparungspotenzial, um den Entfall der Landesrundfunkabgabe auszugleichen, gäbe es genug.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  Kulturelles Erbe der Steiermark und **Heimat-Begriff** in Landesverfassung verankern
-  **Nein zum bedingungslosen Grundeinkommen für „Künstler“** über „Fair Pay“
-  **Bekanntnis zur heimischen Leitkultur** und Einführung eines neuen steirischen Kulturleitbilds sowie Neuausrichtung des Kulturförderwesens: Schluss mit kulturellen Experimenten wie dem „Bruseum“
-  **Abschaffung der ORF-Haushaltsabgabe des Bundes** und der **ORF-Kultur- und Sportförderungsabgabe des Landes**

# LANDESHAUSHALT

## 6.158.877.797 EURO AN SCHWARZ-ROTEN LANDESSCHULDEN

Der Schuldenberg der Steiermark wird laut dem aktuellen Landesbudget bis Ende 2024 auf rund 6,16 Milliarden Euro anwachsen. Diese Entwicklung geht zu Lasten unserer Kinder und Enkel. Die FPÖ forderte daher einen umfassenden Kasenssturz sowie eine Durchforstung des Landeshaushalts und des Förderdschungels.

Schließlich verteilt das Land Steiermark jedes Jahr hunderte Millionen Euro an Förderungen und Subventionen. Der überwiegende Teil dieser Geldmittel wird für vernünftige und wichtige Vorhaben gebraucht. Allerdings werden auch zahl-

reiche Basis- und Projektförderungen vergeben, die kaum einen Mehrwert für die Steiermark haben, sondern lediglich der Einkommenssicherung eines kleinen ausgewählten Adressatenkreises dienen.

Auch auf den Bereich der externen Beratungsleistungen muss ein Auge geworfen werden, zumal die Landesregierung für den Zukauf von derartigen Tätigkeiten alljährlich zwei bis vier Millionen Euro aufwendet. Zur Sicherstellung von mehr Transparenz setzen sich die Freiheitlichen für die Offenlegung besagter externer Beratungsleistungen im Rahmen eines jährlichen Berichts ein.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Ausgeglichenes Landesbudget** über den Konjunkturzyklus hinweg – keine Finanzpolitik auf Kosten der Enkelgeneration
-  **NEIN zur Ausschüttung** von Förderungen **nach dem Gießkannenprinzip** – keine Subventionen an linkslinke Spaß- und Zuwanderervereine
-  **Alljährlicher Bericht** über vom Land Steiermark sowie von Landesgesellschaften beanspruchte **externe Beratungsleistungen**
-  **Einsparungspotenziale** in den Landesbudgets **verankern**



## LANDWIRTSCHAFT

### LEBT DER BAUER, LEBT DAS LAND!

Bauern nehmen bei der Bewirtschaftung und Produktion auf die kleinräumige natürliche Landschaftsstruktur Rücksicht, schonen die Ressourcen und bewahren mit ihrer Arbeit die steirische Kultur- und Erholungslandschaft. Sie sind in vielen ländlichen Gemeinden Motor und Rückgrat des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens.

Der Landwirt von heute ist mit noch nie da gewesenen Problemen konfrontiert. Durch den stetig steigenden globalen Wettbewerb hat er mit internationalen

Großkonzernen zu kämpfen. Gleichzeitig werden unsere Landwirte von der überbordenden Bürokratie der Europäischen Union drangsaliert.

Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, dass sich politische Entscheidungsträger eindeutig zur Stärkung der kleinstrukturierten Landwirtschaft bekennen.

Es braucht ein starkes und geeintes Vorgehen der politischen Kräfte gegen bauernfeindliche Entwicklungen.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

 **Regionalität fördern**

 **Reformierung des Landwirtschaftskammerwahlrechts**

 **Förderung der Direktvermarktung**

 **Einsetzung einer Task Force „Zukunft der Landwirtschaft Steiermark“**





## RADIKAL-ISLAM

### DEM RADIKAL-ISLAM DEN KAMPF ANSAGEN!

Seit Jahren gilt die Grüne Mark als Hochburg des Radikal-Islam in Österreich. Immer wiederkehrende Berichte über Terrornetzwerke, die ihren Ursprung in der Steiermark haben, oder geplante Anschläge finden medialen Niederschlag.

Ein entschlossenes Vorgehen der Landes- oder Bundesregierung gegen die radikalisierten Täter wird schmerzlich vermisst. So können sich die Islamisten in unserer Heimat ungeniert ausbreiten und ihr gefährliches Gedankengut an immer jüngere Gefährder weitergeben. Da-

bei kommen die aktuellen Entwicklungen keineswegs überraschend.

Die steirischen Freiheitlichen warnen seit Jahren vor der steigenden Gefahr der radikalislamischen Szene. Durch den von SPÖ, ÖVP und den Grünen seit Langem forcierten ungehinderten Zuzug und die nicht enden wollende Positionierung der Steiermark als attraktives Aufenthaltsgebiet für Fremde aus aller Herren Länder durch Sonderleistungen der Landesregierung wurde die Ansiedelung der radikalen Szene indirekt unterstützt.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

 Einrichtung einer **Dokumentationsstelle „Politischer Islam“ in der Steiermark**

 **Rigorese Kontrollen** der islamistischen Moscheen in Graz

 Schaffung eines **Verbotsgesetzes gegen den Radikal-Islam**

 Sofortiger **Entzug der Staatsbürgerschaft** für Islamisten

## SENIOREN

### POLITIK IM SINNE UNSERER SENIOREN SICHERSTELLEN!

Seit Jahrzehnten steigt das Durchschnittsalter der österreichischen Bevölkerung kontinuierlich an. Die Vorstellung, Älterwerden sei nach wie vor mit Senilität, Gebrechlichkeit oder Armut gleichzusetzen, erscheint in der heutigen Zeit überholt.

Der Habitus des Seniors hat sich maßgeblich verändert. Errungenschaften in vielen Bereichen des Lebens ermöglichen es, dass die ältere Generation bis ins hohe Alter aktiv und weitestgehend selbstständig bleibt und auf so wenig Unterstützung als möglich angewiesen

ist. Es liegt in der Verantwortung der Politik, die Senioren bei ihrem „Älterwerden“ zu begleiten, ihnen damit einen würdigen Lebensabend zu ermöglichen und die angemessene Wertschätzung entgegenzubringen, die sie verdienen.

Um den Menschen aller Altersgruppen eine entsprechende Lebensqualität bis ins hohe Alter zu ermöglichen, ist es das Ziel der FPÖ, eine soziale Politik im Sinne der steirischen Senioren umzusetzen. Seniorenpolitik ist daher als eine Form der Generationenpolitik zu verstehen.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

 **Mobilität im Alter bewahren** – Angebote für öffentlichen Verkehr, Essenszustelldienste und mobile Einkaufsdienste sicherstellen

 **Sicherstellung** eines qualitativ **hochwertigen Pflege- und Betreuungssystems**

 **Notruftelefone** für Senioren ausbauen

 **„Betreutes Wohnen“** ausbauen





## SICHERHEIT & BLACKOUT

### SICHERHEIT FÜR DIE STEIRER IN DEN FOKUS RÜCKEN!

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gehört zu den Grundprinzipien eines funktionierenden Rechtsstaats. Sicherheit ist die Basis für persönliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Neben den zahlreichen sicherheitspolitischen Fragestellungen, wie der Kriminalitätsbekämpfung auf allen Ebenen, ist auch das subjektive Sicherheitsempfinden von öffentlichem Interesse. Gerade dieses subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend verschlechtert. Somit sind Maßnahmen im Bereich der Sicherheit auf vielfältigen

Ebenen zu setzen. Neben dem Kampf gegen neue Kriminalitätsformen wie etwa die um sich greifende Cyberkriminalität oder die Einrichtung eines Sicherheitsbeirates sind auch Maßnahmen zu setzen, die das Stimmungsbild der Steirer verbessern und die Grüne Mark auf die immer wahrscheinlicher werdende Herausforderung eines Blackouts vorbereiten. Das Ziel all dieser Maßnahmen muss es sein, die explodierende Zahl der Straftaten zu senken und die Steiermark nach jahrelanger verfehlter Sicherheitspolitik als sicheres Bundesland wieder lebenswert zu machen.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Stärkung der Polizei** in der Steiermark
-  **Einrichtung eines Sicherheitsbeirates** für die Steiermark
-  **Hartes Vorgehen gegen Drogenkriminalität**
-  **„Masterplan Blackout“** für die Steiermark schaffen



## SOZIALES

# FAIRNESS FÜR ÖSTERREICHER: NEUORDNUNG DER SOZIALEISTUNGEN!

ÖVP und SPÖ haben Armut nicht bekämpft, sondern verwaltet und verfestigt, da man für die Betroffenen weder einen Anreiz noch eine Notwendigkeit vorsah, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Mindestsicherung untergrub das Leistungsprinzip und propagierte ein System der „sozialen Hängematte“. Mit ihrem Nachfolger, der nachsichtig ausgestalteten Sozialunterstützung, hat sich daran nichts geändert. Zahlreiche Sozialbetrugsfälle zeugen von einem enormen Missbrauch. Großteils handelt es sich dabei um Ausländer, die es sich auf Kosten der Allgemeinheit in der so-

zialen Hängematte gut gehen lassen. ÖVP und SPÖ pflegen nach wie vor einen naiv-nachsichtigen und sozialromantischen Umgang mit betrügerischen Beziehern der Sozialunterstützung oder anderen Leistungen der Sozialhilfe. Es muss eine klare Unterscheidung geben zwischen jenen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, und jenen, die noch keinen Cent ins Sozialsystem einzahlten. Insofern müssen die Auszahlungen von Sozialleistungen entweder an die österreichische Staatsbürgerschaft gekoppelt oder das Herkunftslandprinzip eingeführt werden.

## FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Sozialhilfe an österreichische Staatsbürgerschaft** koppeln beziehungsweise Herkunftslandprinzip prüfen
-  **Schluss mit der Überförderung kinderreicher Ausländerfamilien** – Höhe der Sozialhilfe massiv senken und Familiennachzug stoppen
-  **Einrichtung eines Erhebungsdienstes zur Bekämpfung von Sozialbetrug** sowie Prüfung des Einsatzes von „Sozialdetektiven“
-  **Freiwillig gewährte Förderungen** und Beihilfen des Landes für Drittstaatsangehörige und **Asylberechtigte streichen**





## SPITÄLER

### AUFRECHTERHALTUNG DER SPITALSLANDSCHAFT

Unter Schwarz-Rot wurden in den vergangenen Jahren in der Steiermark Geburtstationen, Spitalsabteilungen, Landespflegeheime und sogar ganze Krankenhäuser geschlossen. Durch die im Juni 2023 von der Landesregierung präsentierten „Strukturmaßnahmen“ für die heimische Spitalslandschaft wird diese Ausdünnungspolitik nahtlos fortgesetzt.

Weite Fahrtstrecken zur nächsten Fachambulanz, überfüllte Stationen in den Spitälern und lange Wartezeiten auf Behandlungstermine sind nur einige der negativen Folgewirkungen. Darüber hin-

aus könnte das seitens ÖVP und SPÖ im Bezirk Liezen geplante Zentralspital als Blaupause für weitere Spitalszentralisierungen dienen. So sieht der schwarz-rote Gesundheitsplan 2035 vor, dass in jeder steirischen Region ein sogenanntes Leitspital entstehen soll. Diese Entwicklung wird von der FPÖ kategorisch abgelehnt. Vielmehr braucht es ein klares Bekenntnis zu einer flächendeckenden Spitalsinfrastruktur samt versorgungswirksamer Leistungsangebote. Durch sinnvolle Kooperationen und Schwerpunktsetzungen an den bestehenden Standorten kann dieses Ziel erreicht werden.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Aufrechterhaltung** der gewachsenen und etablierten Krankenhausstrukturen
-  **NEIN** zum **Zentralspital Liezen** – **JA** zu **sinnvollen Kooperationen und Schwerpunktsetzungen** an den einzelnen Spitalsstandorten
-  **Ausdünnungspolitik beenden** – schwarz-roten „Steirischen Gesundheitsplan 2035“ einstampfen
-  **Qualitativ hochwertige** und **wohnortnahe Geburtstationen** sowie die **Forcierung von Hebammenzentren**

## SPORT

# SPORT FÖRDERN UND MEHR MENSCHEN IN BEWEGUNG BRINGEN

Sport ist ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft. Neben den positiven Auswirkungen auf unsere Gesundheit werden Werte wie Fairness, Leistungsbereitschaft und Gemeinschaftssinn vermittelt. Gleichzeitig kann Sport als wichtiger Hebel für gesellschaftliche Inklusion, beispielsweise von Menschen mit Behinderung, wirken. Das Ziel muss es sein, ein vielfältiges und niederschwelliges Bewegungsangebot in allen Regionen der Steiermark zu schaffen, um mehr Menschen von Jung bis Alt in Bewegung zu bringen. Die Öffnung von

Sportstätten zur öffentlichen Nutzung kann hierzu ebenso beitragen wie die verstärkte Förderung von Sportlern und Sportvereinen.

Eine frühe Bewusstseinsbildung – bereits ab dem Kindergarten – stellt den Grundstein für ein sportliches Leben dar. Um Sportler aller Altersklassen und Leistungsstufen gleichermaßen zu unterstützen, muss ein Fördersystem geschaffen werden, das weder den Leistungs- und Spitzensport noch den Breitensport bevorzugt.

## FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Schaffung und Erhaltung von Leistungszentren** für den Spitzen- und Breitensport
-  **Sportförderungen effizienter gestalten**
-  **Aufwertung des Ehrenamts** im Sportbereich
-  Teilnahme an **Schulsportkursen leistbar machen** und **Schwimmkursangebot** für Kinder **ausbauen**





## TEUERUNG

### REKORDTEUERUNG BEKÄMPFEN: LEBEN MUSS LEISTBAR BLEIBEN!

Mittlerweile ist jeder Steirer von einer massiven – und in den letzten beiden Jahren mit Rekordinflation einhergehenden – Teuerungswelle betroffen. Von der Zapfsäule über die Supermarktregale bis hin zu den Kosten für Energie und Heizung war ein enormer Preisanstieg sichtbar geworden. Bereits im Herbst des Jahres 2021 forderte die FPÖ spürbare Entlastungsmaßnahmen und finanzielle Hilfspakete gegen die um sich greifende Teuerung.

Leider sah man sich in der Steiermark einer untätigen Landesregierung gegenüber, die während des Großteils der Zeit auf bereits bestehende Maßnahmen verwies und nur zaghaft kleine Entlastungsschritte setzte.

Freiheitliche Forderungen wie etwa ein Stromkostenzuschuss, die Erhöhung der Pendlerbeihilfe oder Steuersenkungen auf Treibstoffe wurden geradewegs abgelehnt.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

- 👍 **Einführung eines steirischen Teuerungsausgleichs** in Zeiten einer Rekordteuerung und Teuerungsstopp im öffentlichen Bereich (Gebühren und Abgaben)
- 👍 Keine neuen Steuern; **Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung**, umgehende Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Treibstoffe und neue Ausgestaltung der Mineralölsteuer
- 👍 **Reform aller Beihilfen des Landes** (wie etwa der Pendlerbeihilfe) mit höheren Zuverdienstgrenzen sowie jährlicher Indexierung
- 👍 **Einführung eines „Heizkostenzuschusses Plus“** für den hart arbeitenden Mittelstand

## TIERSCHUTZ

### AKTIVER TIERSCHUTZ IN DER STEIERMARK

Tiere sind unsere Mitgeschöpfe und nicht bloß gewinnbringendes Nutzvieh. Ihre artgerechte Behandlung ist Ausdruck einer zivilisierten Gesellschaft. Das Ziel ist der Schutz des Lebens und des Wohlbefindens der Tiere ohne Massentierhaltung, Tierfabriken und Tierquälerei sowie eine Erhöhung des Strafrahmens bei Verstößen gegen das Tierwohl. Die derzeit geltenden Tierschutzstandards gehen oft nicht weit genug.

Teil einer aktiven Tierschutzpolitik ist auch die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung der heimischen Tierschutzeinrichtungen. Gesetzlich ist

das Land Steiermark dazu verpflichtet, sich um Streuner und behördlich abgenommene Tiere zu kümmern. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, bedient sich das Land Steiermark an Dienstleistungen der steirischen Tierheime, welche wiederum durch vertraglich festgelegte Kostenersätze abgegolten werden. Darüber hinaus leisten die steirischen Tierheime einen wichtigen Beitrag für das Wohlergehen von Tieren. Es muss daher stets ein zweckdienliches und den Anforderungen unserer Zeit entsprechendes Finanzierungsmodell zwischen den Tierheimbetreibern und dem Land Steiermark bestehen.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  Steirische **Tierheime ausreichend finanzieren**
-  **Massentierhaltung eindämmen**
-  Vermehrte **Kontrollen und Überwachung von Tiertransporten** sowie Verkürzung der Transportdauer
-  **Effektive Regulierung des Wolfbestandes** – leichtere Entnahme von Problemwölfen zum Schutz der Nutztiere ermöglichen





## UMWELTSCHUTZ

### UMWELTSCHUTZ MIT HAUSVERSTAND

Als natur- und heimatverbundene Partei ist es das Ziel der FPÖ, eine intakte Umwelt sicherzustellen. Dabei wird auf Hausverstand gesetzt und gleichzeitig die vielfach propagierte Klimahysterie abgelehnt. Bei Maßnahmen im Namen des Umweltschutzes braucht es einen vernünftigen Zugang fernab von Extremen. Im Kontrast dazu steht der derzeit von der Europäischen Union und der österreichischen schwarz-grünen Bundesregierung verfolgte Kurs des „Klimakommunismus“, der heimische Jobs und den Wohlstand im Land gefährdet.

Mit dem sogenannten „Green New Deal“ hat die EU weitreichende Klimaziele und

aus ihrer Sicht notwendige Maßnahmen für den Klimaschutz definiert. Das über allem stehende Ziel ist die EU-Klimaneutralität bis zum Jahr 2050. Die Europäische Union betreibt seit Jahren eine radikale Klimapolitik ohne Rücksicht auf die Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen auf die Bevölkerung.

Der umweltpolitische Ansatz der Freiheitlichen Partei findet sich darin wieder, sinnvolle Maßnahmen im Umweltschutz voranzutreiben, dabei aber immer alle sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen wohlüberlegt abzuwiegen.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

 **Klimahysterie beenden**

 **Verankerung von Aufklärungsveranstaltungen über den Klima-Fanatismus** in steirischen Schulen

 **Nein zum „Green New Deal“** & daraus entstehende Richtlinien der EU

 **Umweltschutzmaßnahmen sozial verträglich gestalten**

## VERKEHR

### VERKEHRS-INFRASTRUKTUR AUSBAUEN, AUTOFAHRER ENTLASTEN STATT AUSGRENZEN

Die FPÖ steht für eine den Mobilitätsbedürfnissen und Lebensrealitäten aller Bürger entsprechende Verkehrspolitik und vertritt damit als einzige Partei auch die Interessen der Autofahrer.

Es braucht Entlastungsschritte für all jene, die als Pendler tagtäglich auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, und ein Ende der autofahrerfeindlichen Politik der Ausgrenzung. Aufgrund der drastischen Kürzungspolitik von ÖVP und SPÖ bei der Zuteilung der benötigten Budgetmittel fehlen jährlich Millionen Euro für die Sa-

nierung und den Ausbau der steirischen Landesstraßen. Ein entsprechend ausgebautes und qualitätsvolles Straßennetz bildet neben einer bedarfsgerechten Anbindung an den öffentlichen Verkehr einen entscheidenden Faktor zur Stärkung des ländlichen Raums in der Steiermark.

Für die Stadt Graz muss eine umfassende Verkehrslösung erarbeitet werden, die sowohl die innerstädtische Verkehrsproblematik entschärft als auch Pendlern geeignete Verbindungen in die Landeshauptstadt bietet.

### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  Rascher **Ausbau der A9 Pyhrnautobahn** im Süden von Graz
-  **Erhöhung des Budgets** für Straßenbau und Straßensanierung
-  **Förderungen für Pendler** erhöhen und erweitern
-  **Entwicklungskonzept für regionale Bahnlinien**





## WIRTSCHAFT & TOURISMUS

### WIRTSCHAFTSSTANDORT STÄRKEN, GROSSVERANSTALTUNGEN ALS TOURISMUSMOTOR SICHERN

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort Steiermark erfordert eine deutliche Verbesserung der geltenden Rahmenbedingungen und wirksame, treffsichere Unterstützungsmaßnahmen. Fleiß und Einsatzbereitschaft müssen sich wieder lohnen. Im ländlichen Raum ist der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ein besonderer Stellenwert einzuräumen, um eine weitere Ausdünnung peripherer Regionen zu verhindern.

Öffentliche Investitionen wie beispielsweise Infrastrukturmaßnahmen oder eine Wohnbauoffensive können für

notwendige Impulse für die heimische Wirtschaft sorgen. Um die Chancen durch den Ausbau der Südbahnstrecke als Teil der Baltisch-Adriatischen-Achse bestmöglich zu nutzen, gilt es, die Konzepte zur Standortplanung entlang des Streckennetzes gemeinsam mit den Gemeinden zu erweitern und weitere Güterterminals zu schaffen. Den von der Europäischen Union vorangetriebenen ideologischen Belastungswellen, insbesondere dem Verbot des Verbrennungsmotors, muss zum Schutz der heimischen Unternehmen Einhaltung geboten werden.

#### FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Bürokratieabbau** und Entlastung der heimischen Unternehmer
-  **Ausarbeitung eines „Steiermark-Plans“** mit Investitionsvorhaben als Impulsgeber für die heimische Wirtschaft
-  **Aufrechterhaltung der AUA-Flugverbindung Graz-Wien** auch nach Fertigstellung der neuen Südbahnstrecke
-  **Unterstützung für steirische Wirtschaftshäuser**

## WOHNEN

# WOHNEN FÜR DIE STEIRER ENDLICH WIEDER LEISTBAR MACHEN!

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Lebens, das jedem Bürger zu leistbaren Konditionen ermöglicht werden sollte. Die Notwendigkeit der Sicherstellung von leistbarem Wohnraum hat mit der anhaltenden Inflation an Aktualität gewonnen. Diese Kostenexplosion schlägt sich auch auf den Bausektor nieder, der durch gestiegene Preise für Materialien immer höhere Kosten zu stemmen hat. Die steirische Landesregierung hat diesen Entwicklungen lange Zeit tatenlos zugesehen. Die mittlerweile getroffenen Maßnahmen sind lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein und helfen nur einem Teil der Steirer. Die Freiheitlichen

haben umfassende Anträge eingebracht, die von Schwarz und Rot jedoch alle vom Tisch gewischt wurden. Das Ziel muss es sein, Wohnen für alle Steirer wieder leistbar zu machen, jungen Erwachsenen unter die Arme zu greifen, die überbordenden Standards im gemeinnützigen Wohnbau zu überdenken und schlussendlich mit zielgerichteten Maßnahmen im Wohnbau auch der Abwanderung entgegenzuwirken. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Wohnbauträger, die großzügige Förderungen durch die öffentliche Hand erhalten, auch ordentlichen Prüfungen unterzogen werden können.

## FREIHEITLICHE FORDERUNGEN:

-  **Rücknahme der KIM-Verordnung**, um Investitionen im Baugewerbe zu ermöglichen
-  **Sanierung von Altbeständen** in ländlichen Regionen vorantreiben
-  **„Starter-Wohnungen“** in der Steiermark etablieren
-  **Evaluierung der Kostentreiber** im gemeinnützigen Wohnbau



# BÜRO KUNASEK

DAS FREIHEITLICHE BÜRGERBÜRO

DIE ANSPRECHSTELLE FÜR  
ALLE BÜRGERANLIEGEN:

- Soziales
- Verwaltungsabläufe
- Politisches

*Wir sind für Euch da!*

📍 Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz

☎ 0316/375 300

✉ [mkunasek@fpoe-stmk.at](mailto:mkunasek@fpoe-stmk.at)

**FPOE-STMK.AT/BUERGERBUERO**



BODENSTÄNDIG.  
MUTIG. STEIRISCH.

MARIO KUNASEK

LANDESHAUPTMANN-KANDIDAT

